

# BERLIN

## Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

## Liebe Leserinnen und Leser!

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Speicherung der Telekommunikationsverkehrsdaten überarbeiten. Wir müssen in Zukunft noch genauer auf ein besonders hohes Maß an Datensicherheit achten. Insbesondere muss die Einhaltung der strengeren Schutzvorkehrungen staatlich kontrolliert werden. Auch an den Abruf und die Verwendung der Daten sind höhere Anforderungen zu stellen. Wir müssen schnell zu einer Neuregelung gelangen, die unseren Ermittlungsbehörden das unverzichtbare Terrorbekämpfungsmittel der Speicherung der Telekommunikationsverkehrsdaten praktikabel zugänglich macht. Entgegen den ersten Schlagzeilen ist nicht die Vorratsdatenspeicherung als solche, sondern nur deren konkrete Umsetzung durch den Gesetzgeber verfassungswidrig. Eine verfassungskonforme Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung bleibt daher möglich und ist durch die entsprechende EU-Richtlinie auch geboten. Wir wissen, was wir der Sicherheit unseres Landes und unserer Bürger schuldig sind. Da bis zu einer Neuregelung keine Grundlage für eine Datenspeicherung besteht, ist besondere Eile geboten. In diesem Sinne werden wir verantwortungsvoll und zügig die entsprechenden rechtlichen Grundlagen schaffen.

*Ifc*

*Ingrid Fischbach*

## In dieser Ausgabe

- EU-Kommission legt  
Frühjahrsprognose vor  
...S.2
- Einsetzung einer Enquete-  
Kommission „Internet und  
digitale Gesellschaft“  
...S.2
- 59. Woche der  
Brüderlichkeit: ...S.3
- Internationaler Frauentag.  
...S.4
- Schwellenländer für den  
deutschen Export immer  
wichtiger ...S.5
- Starker  
Bevölkerungsrückgang in  
den neuen Bundesländern  
erwartet ...S.6



## Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074  
Fax: (030) 227-76436

[ingrid.fischbach@bundestag.de](mailto:ingrid.fischbach@bundestag.de)

## EU-Kommission legt Frühjahrsprognose vor



Die Europäische Union wird sich nach Einschätzung der EU-Kommission nur schrittweise von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise erholen. Für das laufende Jahr wird ein Zuwachs von lediglich 0,7 Prozent des BIP für die Länder der Europäischen Union erwartet, für Deutschland ein Wachstum von 1,2 Prozent.

**Ingrid Fischbach:** „Noch immer gibt es eine Reihe von Faktoren, die den wirtschaftlichen Aufschwung in Europa bremsen, so etwa die schwierige Lage auf den Immobilienmärkten und auf den Finanzmärkten in einigen Ländern und die anhaltende Zurückhaltung der privaten Verbraucher, gerade mit Blick auf einen möglichen Anstieg der Arbeitslosigkeit.“

Hoffnung kommt von der unerwartet starken Erholung der Weltwirtschaft mit einem möglichen Wachstum von über 4 Prozent, von der auch die Länder der EU profitieren könnten. Für eine nachhaltige Verbesserung der Wachstumsperspektiven in der Europäischen Union und für die Chance, mit anderen Wachstumszentren dieser Welt auf Dauer mithalten zu können, müssen aber die politischen Schwerpunkte richtig gesetzt werden, vor allem auf die Bereiche Bildung und Forschung, Beschäftigung oder umweltfreundliche Investitionen. Das von der EU-Kommission nächste Woche voraussichtlich vorgelegte neue Konzept „Europa 2020“, das die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfel am 25. März beraten werden, muss sich diesen politischen Schwerpunkten widmen.

## Enquete-Kommission zum Internet

Das Internet ist nicht länger nur eine technische Plattform, sondern entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des

Lebens vieler Menschen. Gesellschaftliche Veränderungen finden maßgeblich im und mit dem Internet statt.

**Ingrid Fischbach:** „Wir haben uns im Koalitionsvertrag eindeutig zur Freiheit des Internets bekannt. Der Staat muss Rahmenbedingungen setzen, um das Internet als freiheitliches Medium zu schützen sowie seine Funktionsfähigkeit und Integrität zu erhalten und zu fördern. Für Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung und entscheidet mit über den Wohlstand eines Landes. Die Entfaltung der Freiheitsrechte, im besonderen Maße das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, müssen im digitalen Zeitalter gewahrt und ihre Durchsetzbarkeit gesichert werden. Die zunehmende Bedeutung des Internets und seine Nutzung durch die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land hat Folgen für die Gesellschafts-, Bildungs- und Rechtspolitik, die mit der Enquete-Kommission des Bundestages näher beleuchtet werden sollen.“

Dabei wird die Enquete-Kommission die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit einbeziehen.

## **59. Woche der Brüderlichkeit:**

Am Sonntag wird die 59. Woche der Brüderlichkeit eröffnet.

**Ingrid Fischbach:** „Die Woche der Brüderlichkeit leistet einen wichtigen Beitrag zu gegenseitigem Respekt: der enge Austausch zwischen Angehörigen der Geschwisterreligionen ist unabdingbar für ein gelungenes Zusammenleben in unserem Land. Es ist eine große Errungenschaft, die auch dem Engagement der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit zu verdanken ist, dass es sechzig Jahre nach Kriegsende eine Selbstverständlichkeit ist, dass solche



### **Wußten Sie schon,**

... dass Neuwagen in den USA ab 2012 nur 5,7 Liter Sprit auf 100 Kilometer verbrauchen dürfen? Wer sich nicht daran hält, muss 37 500 Dollar Strafe pro verkauftem Auto zahlen.

gemeinsame Veranstaltungen nicht nur möglich, sondern bereits gute Tradition sind.“



Es ist gut, dass sich die Woche der Brüderlichkeit in diesem Jahr auf das Thema der „verlorenen Maßstäbe“ besinnt. Zentral ist die Frage, welche moralischen Grundlagen unsere Gesellschaft zusammenhalten. Die jüdische und christliche Tradition haben hier einen großen gemeinsamen Schatz, den es zu bewahren gilt. Nach den nicht unproblematischen Momenten im Verhältnis in jüngster Zeit ist es in diesem Jahr besonders wohlthuend, wenn in zahlreichen Veranstaltungen auf örtlichen Ebenen die enge Verbundenheit zwischen Christen und Juden in Deutschland bestärkt wird. Die „Woche der Brüderlichkeit“ wird von den Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (GZJZ) ausgerichtet. Bundesweit finden im März auf lokaler Ebene eine Reihe von Veranstaltungen statt, die unter einem bundesweiten Motto stehen.

## **Internationaler Frauentag**

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2010 fordert der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Internationaler Frauentag – Gleichstellung national und international durchsetzen die Bundesregierung auf, sich verstärkt für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen einzusetzen und Benachteiligungen in Wirtschaft und Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft zu beseitigen. Zentrales Thema der Gleichstellungsthematik ist die Entgeltungleichheit zwischen Mann und Frau. Bei gleicher Qualifikation liegt sie in Deutschland bei 23 Prozent, innerhalb der EU bei 17,7 Prozent.

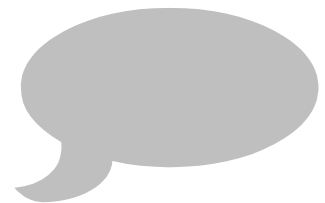
**Ingrid Fischbach:** „Die Ursachen für Lohnunterschiede sind vielfältig. Sicherlich spielt schon die Ausbildungs- und Berufswahl eine große Rolle. Frauen wählen tendenziell eher

typische Frauenberufe, die traditionell schlechter bezahlt werden als typische Männerberufe. Für mich persönlich ist es immer noch unverständlich, warum die Arbeit eines Bauarbeiters höher bewertet wird als die einer Krankenpflegerin! Aber auch die familienbedingten Erwerbsunterbrechungen tragen zur Lohnungleichheit bei: Frauen werden nach Unterbrechungsphasen oftmals zu weitaus schlechteren finanziellen Bedingungen wiedereingestellt, den Einkommensvorsprung ihrer männlichen Kollegen holen sie nur selten auf. Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Familie und Beruf sind ebenso eine Ursache wie die Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen.

In den nächsten Jahren müssen wir eine Gleichstellungspolitik fortführen, die die Risiken in den Lebensläufen und Erwerbsbiographien erkennt und Lösungen findet, die diese Risiken abfedern. In den letzten Jahren haben wir durch die Einführung des Elterngeldes, die damit verbundenen Partnermonate und den gezielten und massiven Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige bereits einige politische Meilensteine gelegt. Nun gilt es, familien-, gleichstellungs- und vor allem auch kinderfreundliche Rahmenbedingungen weiter auszubauen, damit durch echte Wahlfreiheit eine Entscheidung für Kinder und Beruf leichter wird, dazu zählen u.a. der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, die Weiterentwicklung des Elterngeldes, die Bekämpfung der Ursachen der Entgeltungleichheit und die Erarbeitung eines Rahmenplans zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in allen Phasen des Lebensverlaufs.“

## **Schwellenländer für den deutschen Export immer wichtiger**

Für die deutsche Exportwirtschaft gewinnen aufstrebende Wirtschaftsnationen wie China, Polen und die Türkei immer



### **Spruch der Woche**

*"Der Betrag, den die Kuppel kostet, entspricht zehn Ortsumgehungen, oder acht Kilometern vierspuriger Autobahn. Dreimal dürfen Sie raten, welche Alternative die meisten Abgeordneten besser finden."*

**Bundesverkehrsminister  
Ramsauer**  
auf die Frage nach der  
Finanzierung der Kuppel  
des Berliner  
Schlossneubaus.

stärker an Bedeutung. Bereits im Zeitraum 2000 bis 2007 ging mehr als ein Drittel des deutschen Exportwachstums auf das Konto der Schwellenländer. Auch während der Wirtschaftskrise ist der Anteil dieser Märkte am deutschen Export weiter gewachsen: Im vergangenen Jahr hat er sich von 18 auf 25 Prozent erhöht. Das entspricht einem Plus von fast 130 Milliarden Euro.



**Ingrid Fischbach:** „Experten gehen davon aus, dass dieser Trend anhalten wird. Hauptgrund hierfür ist die fortschreitende Industrialisierung der Schwellenländer, die zu einer steigenden Nachfrage nach Investitionsgütern deutscher Hersteller, z. B. Anlagen, Maschinen und Nutzfahrzeuge führe.

Zudem ist davon auszugehen, dass sich große Schwellenländer wie China und Indien stärker von der aktuellen Wirtschaftskrise erholen werden als die meisten Industrieländer.“

## **Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern erwartet**

2060 werden in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) voraussichtlich 37 Prozent weniger Menschen leben als 2008. 36 Prozent der dort lebenden Menschen werden 65 Jahre oder älter sein. Infolge dieser Entwicklung geht die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter um 50 Prozent auf vier Millionen zurück. Auch die Gebiete der alten Bundesrepublik werden von der demographischen Veränderung betroffen sein, allerdings nicht so stark. Bis 2060 ist hier von einem Bevölkerungsrückgang um 19 Prozent auszugehen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte sich von heute 38 auf dann 26 Millionen verringern.



### **... das Allerletzte!**

Chefetagen sind  
Männersache: Nur knapp  
2,5 Prozent aller  
Vorstandsmitglieder der  
200 größten Unternehmen  
sind Frauen.